SSOAR

Open Access Repository

www.ssoar.info

Russland und der Atomkonflikt mit Iran: Kontinuitäten und Brüche bei den russischen Interessen im Zeichen der Ukrainekrise

Meier, Oliver; Pieper, Moritz

Veröffentlichungsversion / Published Version
Kurzbericht / abridged report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Meier, O., & Pieper, M. (2015). *Russland und der Atomkonflikt mit Iran: Kontinuitäten und Brüche bei den russischen Interessen im Zeichen der Ukrainekrise.* (SWP-Aktuell, 38/2015). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-429147

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

SWP-Aktuell

Stiftung
Wissenschaft und
Politik

Deutsches Institut
für Internationale
Politik und Sicherheit

Russland und der Atomkonflikt mit Iran

Kontinuitäten und Brüche bei den russischen Interessen im Zeichen der Ukrainekrise

Oliver Meier / Moritz Pieper

Trotz der Eiszeit in den Beziehungen zwischen Moskau und dem Westen spielt Russland eine konstruktive Rolle in den Atomverhandlungen der E3+3 (Deutschland, Frankreich, Großbritannien + China, Russland, USA) mit Iran. Russland unterstützt die am 2. April 2015 in Lausanne erreichte Verständigung über Eckpunkte eines Abkommens, mit dem der Atomstreit beigelegt werden soll. Dieser Befund erstaunt insofern, als Moskau jüngst die Zusammenarbeit bei einigen anderen gemeinsamen Projekten zur Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen zurückgefahren hat. Aus Sicht Russlands wären die ökonomischen und sicherheitspolitischen Auswirkungen eines Ausstiegs aus den Verhandlungen schwer zu kalkulieren. Bislang überwiegt daher offenbar sein Interesse an einer diplomatischen Lösung, die gemeinsam mit dem Westen gefunden werden muss. Um Moskau in diesem Kalkül zu bestärken, sollte Deutschland zusammen mit seinen Partnern darauf hinwirken, dass die Gespräche der E3+3 von den Bemühungen um eine Beilegung der Ukrainekrise weiterhin abgeschirmt bleiben.

Vor dem Hintergrund der Krise um die Ukraine ist die rüstungskontrollpolitische Zusammenarbeit Russlands mit dem Westen weitgehend zum Erliegen gekommen. Die USA und die Nato haben im Laufe des letzten Jahres direkte Gespräche auf Arbeitsebene suspendiert, wollen aber grundsätzlich weiter mit Russland kooperieren, wenn es darum geht, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen zu verhindern. Moskau wiederum hat in den letzten Monaten wichtige nichtverbreitungspolitische Kooperationsvorhaben ausgesetzt oder beendet. So gab die russische Regierung Ende 2014 bekannt, dass sie am Gipfel zur nuklearen Sicherheit 2016 in den USA weder teilnehmen noch an dessen Vorbereitung mitwirken wird. Im Dezember hat Moskau der US-Regierung zudem mitgeteilt, dass es die meisten bilateralen Programme zur Verbesserung der nuklearen Sicherheit auf russischem Gebiet einstellt.

Russlands (und Chinas) fortgesetzte Mitarbeit im Rahmen der E3+3 ist wichtig, um dem Eindruck entgegenzuwirken, in den Atomgesprächen finde eine Auseinandersetzung »des Westens« mit Iran statt. Ein Ausscheren Moskaus würde es Teheran erleichtern, die Staaten der E3+3 gegeneinander auszuspielen.

In Lausanne wurde vereinbart, dass ein mögliches Nuklearabkommen über einen

Dr. Oliver Meier ist Wissenschaftler in der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik
Moritz Pieper, Promotionsstipendiat an der University of Kent, war von Januar bis März 2015 Gastwissenschaftler im Brüsseler Büro der SWP

Zeitraum von 25 Jahren schrittweise umgesetzt werden soll. Auch nach dem Abschluss der Verhandlungen, der bis zum 30. Juni angestrebt wird, bleibt die russische Unterstützung langfristig wichtig. Dies gilt beispielsweise für die Zustimmung der Vetomacht Russland im UN-Sicherheitsrat zu der vereinbarten Änderung der Sanktionsbeschlüsse. Als ständiges Mitglied im Gouverneursrat der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) hat Russland außerdem maßgeblichen Einfluss auf die Durchführung der Nuklearkontrollen in Iran. Und als Atomwaffenstaat hat Russland besondere Expertise in der technischen Bewertung möglicher militärischer Atomwaffenforschungen Irans.

Russische Interessen und die Atomverhandlungen

Im russischen **Außenhandel** spielt Iran keine wichtige Rolle. Russland exportiert hauptsächlich Metalle, Lebensmittel und Maschinen nach Iran und importiert landwirtschaftliche Erzeugnisse. Das russisch-iranische Handelsvolumen ist überschaubar: Von 3,6 Milliarden US-Dollar im Jahr 2010 schrumpfte es bis 2013 um über 44% auf nur noch 1,6 Milliarden US-Dollar. Eine Aufhebung der Iransanktionen wäre Voraussetzung für eine Trendumkehr. Russland hat multilaterale Sanktionen, wie zum Beispiel Verbote für den Export von »dual use«-Gütern und ein Waffenembargo, seit 2006 mitgetragen. US- und EU-Sanktionen im Finanzsektor haben den russischen Handel mit Iran zusätzlich erschwert.

Rüstungsexporte nach Iran sind für Russland ein spezielles Geschäftsfeld, das auch strategische Bedeutung hat. Die ehemals umfangreichen russischen Waffenlieferungen sind infolge der UN-Waffenembargos zurückgegangen. Während Russland 2006 noch Rüstungsgüter im Wert von 368 Millionen US-Dollar und 2007 im Wert von 283 Millionen US-Dollar nach Iran exportierte, bezifferte sich deren Wert 2008 auf nur mehr 15 Millionen, 2014 gar auf lediglich 4 Millionen US-Dollar. Russland möchte gern wieder mehr Waffen an Iran verkaufen. Daher forderte der stellvertretende russische Außenminister Sergei Ryabkov direkt nach den Verhandlungen in Lausanne, dass ein endgültiges Abkommen mit Iran eine sofortige Aufhebung des Waffenembargos zur Folge haben müsse.

Moskau nutzt die Drohung mit bestimmten Waffenlieferungen auch als politisches Druckmittel gegenüber den USA. Aus Anlass eines Besuchs von Russlands Verteidigungsminister Sergei Schoigu in Teheran am 19. Januar 2015 bekundeten beide Seiten Interesse an einem Ausbau ihrer militärischen Zusammenarbeit. Insbesondere ging es auch um die Lieferung des russischen S-300-Luftabwehrsystems, dessen Stationierung auf dem Boden Irans Luftschläge gegen dessen Atomanlagen erheblich schwieriger machen würde. Moskau hatte die Lieferung dieses Systems 2010 ausgesetzt. Am 13. April gab Präsident Putin die Lieferung aber erneut frei und verwies dabei auf das Rahmenabkommen von Lausanne.

Sowohl Russland wie Iran sind Lieferanten von Rohöl und Erdgas, haben daher konkurrierende **energiepolitische Interessen**. Moskau muss Sorge haben, dass eine Aufhebung der Energiesanktionen zu einem dauerhaften Verfall der Preise für zwei seiner wichtigsten Ausfuhrgüter und Haupteinnahmequellen führt. Einen Tag nach dem Kompromiss von Lausanne fiel der Preis für Rohöl kurzfristig um 4%.

Eine direkte Konkurrenz auf dem europäischen Gas- und Ölmarkt bleibt jedoch unwahrscheinlich: Vor der Verhängung des EU-Ölembargos gegen Iran 2012 hatten die Rohölimporte aus diesem Land einen Anteil von nur etwa 6% an den gesamten EU-Ölimporten – der Anteil der Importe aus Russland betrug 30%. Entsprechend deckt die EU ihren Jahresbedarf an Erdgas zu rund einem Drittel mit Einfuhren aus Russland.

Diese Zahlen reflektieren einen komparativen Vorteil, den Russland auf dem europäischen Energiemarkt hat: Es liefert Öl und Gas über Pipelines. Iran wird das auf absehbare Zeit nicht möglich sein. Angesichts der Ukrainekrise möchte Europa jedoch seine

energiepolitische Abhängigkeit von Russland reduzieren. Iran ist dabei insofern attraktiv, als es die weltweit zweitgrößten Gasreserven besitzt. Während Öl auch verschifft werden kann, ist der Handel mit Erdgas maßgeblich auf Pipelines angewiesen. Iran mit dem europäischen Pipelinenetz für Erdgas zu verbinden würde Jahre dauern. Kurzfristig muss Russland insofern von einer Aufhebung der Energiesanktionen keine negativen Auswirkungen fürchten.

Das Konkurrenzverhältnis zwischen Russland und Iran als Lieferanten von Energieträgern wird dadurch gemildert, dass beide unterschiedliche Märkte bedienen. Iran exportiert sein Öl hauptsächlich nach China, Indien, Japan, Südkorea und in die Türkei. Und Russland liefert etwa 80% seines Öls nach Europa, bemüht sich aber verstärkt um neue Kunden in Asien.

Moskau lehnt Militärschläge gegen den Iran ab, unter anderem aus **regionalpolitischen Interessen**. Eine solche Intervention würde den vom Bürgerkrieg in Syrien und vom »Islamischen Staat« ohnehin belasteten Mittleren Osten weiter destabilisieren. Russland wäre von möglichen Radikalisierungen islamistischer Gruppen im Nordkaukasus unmittelbar betroffen.

Andererseits würde der Kreml durch die Zustimmung zu einem Nukleardeal seine Optionen beschneiden, gemeinsam mit Iran den Einfluss der USA in der Region zurückzudrängen. Russlands Einfluss im Mittleren Osten ist jedoch begrenzt und wird gerade in sunnitisch geprägten Ländern kritisch gesehen, spätestens seit Moskau vehement für das Assad-Regime Partei ergriffen hat.

Aus **nuklearpolitischer Perspektive** gilt: Atommächte haben grundsätzlich kein Interesse an neuen Mitgliedern in ihrem exklusiven Club. So hatte der damalige russische Generalstabschefs Makarov 2012 die nuklearen Ambitionen Irans als Bedrohung für Russlands Sicherheit bezeichnet.

Ein Abkommen mit Iran und eine schrittweise Aufhebung der Nuklearsanktionen könnten überdies eine intensivere Zusammenarbeit mit Iran beim Ausbau der Kernenergie erleichtern und langfristig absichern. Die russische Atomindustrie kooperiert schon seit den 1990er Jahren mit Iran. 2006 hat Russland im Sicherheitsrat zwar Nuklearsanktionen zugestimmt, gleichzeitig aber darauf bestanden, dass die Kooperation zur Fertigstellung und zum Betrieb von Leichtwasserreaktoren von den Handelsrestriktionen ausgenommen wird. So konnte trotz mancher Verzögerungen Irans einziger Leichtwasserreaktor in Bushehr mit russischer Hilfe fertiggestellt werden. Der Reaktor, der bis mindestens 2021 mit russischem Nuklearbrennstoff betrieben wird, erzeugt seit 2011 Strom für das iranische Energienetz.

Europäer und Amerikaner haben diese Kooperation gern als Beleg dafür angeführt, dass es ihnen im Nuklearkonflikt nicht darum geht, dem Iran prinzipiell die Realisierung seines Atomprogramms zu verwehren.

Moskau ist seinerseits interessiert, langfristige Verträge für die Lieferung von Nuklearbrennstoff aus russischer Produktion zu vereinbaren. Russlands Außenminister Sergei Lavrov lobte den Kompromiss von Lausanne auch deshalb, weil er Iran in die Lage versetze, künftige Nuklearkooperationen mit Rosatom zu finanzieren.

Ein E3+3-Abkommen könnte Russland die Möglichkeit eröffnen, die Bindung Irans an die russische Nuklearindustrie auf lange Sicht zu vertiefen. Die Option, Spaltmaterial außer Landes zu bringen und dort zu Brennstäben weiterzuverarbeiten, wurde in den Nuklearverhandlungen wiederholt als Möglichkeit diskutiert, die Gefahr eines iranischen Ausbrechens aus einem Atomabkommen und eines »Sprints zur Bombe« zu verringern. Iran hatte jüngst eine Verbringung von Spaltmaterial außer Landes abgelehnt. Andererseits sieht die Übereinkunft von Lausanne vor, dass Iran seinen derzeitigen Bestand von rund 10 000 kg niedrigangereichertem Uran auf 300 kg reduziert. So soll die Gefahr gemindert werden, dass dieses Uran für die Produktion waffenfähigen Spaltmaterials missbraucht wird. Eine Weiterverarbeitung in Russland wurde zumindest nicht ausgeschlossen.

Ausblick

Zweifellos hat Russland eine zentrale Rolle bei der Erzielung eines Verhandlungserfolgs und der Umsetzung eines Abkommens mit Iran. In der Vergangenheit hat Moskau mehrfach angedeutet, dass es diese Rolle als Hebel einsetzen könnte, um Sanktionen abzuwehren, die ihm in der Folge des Ukrainekonflikts drohen. Bereits im März 2014 warnte der stellvertretende Außenminister Sergei Rjabkov, der Kreml könne sich angesichts der westlichen Debatte über Sanktionen gegen Russland gezwungen sehen, seine Position in den E3+3-Nukleargesprächen mit Iran zu überdenken. Ein Jahr später wiederholte Rjabkov, dass Russland sich ein »Maximum an Bewegungsfreiheit« vorbehalte und alle Optionen auf dem Tisch lägen.

Diesen Worten sind aber keine Taten gefolgt. Stattdessen lobte Lavrov den Kompromiss von Lausanne und kritisierte lediglich die amerikanische Verhandlungsführung. Klar ist: Ein Scheitern der Verhandlungen ist aus Sicht Moskaus mit vielen Risiken verbunden und würde es vermutlich an die Seite Irans drängen. Ein Abkommen mit Iran bietet die einzige verlässliche Grundlage für einen Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen mit diesem Land und zudem die beste Gewähr dafür, dass sich Iran nicht nuklear bewaffnet oder dass der Nuklearkonflikt zu einer militärischen Auseinandersetzung eskaliert.

Langfristig allerdings steht Russland vor einem Dilemma: Ein umfassendes Nuklearabkommen mit Iran würde der Obama-Administration einen außenpolitischen Verhandlungserfolg bescheren, der auch dem Westen den Weg ebnen könnte, seine Zusammenarbeit mit Iran zu verbessern. Genau eine solche Entwicklung wiederum könnte auf lange Sicht Russlands Rolle in Iran und der Region schmälern. Der russische Abrüstungsexperte Alexei Arbatov warnt daher, dass in Moskau vor dem Hintergrund der sich verschärfenden Ukrainekrise jene die Oberhand zu gewinnen drohten, die einer härteren Gangart Russlands in den E3+3-Verhandlungen das Wort reden.

Um jenen Hardlinern nicht in die Hände zu spielen, ist es aus westlicher und deutscher Sicht sinnvoll, Iran- und Ukraine-Dossiers weiterhin getrennt zu behandeln. Insbesondere in Washington sehen einige Verfechter eines härteren Kurses gegenüber Moskau dessen aktive Beteiligung an den Iran-Gesprächen kritisch. Deutschland und Frankreich verhandeln im Normandie-Format direkt mit der Ukraine und Russland und beeinflussen in den E3+3-Gesprächen die europäische Position maßgeblich. Beide Länder sind im Verbund mit Großbritannien besonders gut in der Lage, die Vorteile einer Einbindung Russlands in die Verhandlungen über ein umfassendes Atomabkommen mit Iran hervorzukehren.

Schwieriger ist die Frage, welche Rolle Russland bei der Umsetzung eines Atomabkommens spielen könnte. Die Auslagerung eines Teils der iranischen Brennstoffkreislaufaktivitäten nach Russland würde die Erfolgsaussichten eines Abkommens vergrößern. Denn dadurch würde die iranische Verfügungsgewalt über potenziell waffenfähiges Spaltmaterial eingeschränkt und ein möglicher Ausbruch mehr Zeit erfordern. Russland wäre unter diesen Umständen aktiver Teilhaber des Atomdeals, der langfristige und handfeste wirtschaftliche Interessen an dessen erfolgreicher Umsetzung hätte. Allerdings könnte seine Regierung eine solche zentrale Rolle auch als Machtinstrument nutzen.

Fiele Russland bei der Umsetzung eines Irandeals eine starke Rolle zu, dürfte dies für sein Verhältnis zum Westen insgesamt jedoch positive Folgen haben. Eine darauf bezogene Zusammenarbeit könnte langfristig die Basis für Kooperationen auch bei der Regelung anderer Probleme der Nichtverbreitung (NV) und Rüstungskontrolle bilden. Die Kontrolle der noch auf syrischem Territorium vorhandenen Chemiewaffen, aber auch die Sicherung von Chemiewaffenkapazitäten in Libyen und Irak könnten oben auf der Agenda einer Zusammenarbeit mit Moskau stehen, die auf die Bewältigung konkreter NV-Herausforderungen gerichtet ist.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2015
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364